

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

286 (8.12.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.80 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postamt 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonnenzeile od. deren Raum 80 A., Restamen 1.-M., zugänglich 80 % Feuerungszuschlag; Kolonnenzeile billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/2 vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor.

Die Drohung der gepanzerten Faust.

Paris, 6. Dez. Dem „Matin“ wird aus Straßburg gemeldet: Seit drei Tagen findet eine starke Verschiebung von Artillerie nach dem rechten Rheinufer statt. Zahlreiche Geschütze schwerer Kalibers haben die Keller Rheinbrücke passiert. Man bringt diese ungeheuren Truppenbewegungen mit der durch die Haltung Deutschlands geschaffenen politischen Lage in Zusammenhang.

Basel, 6. Dez. (Privatmeldung.) Die Prehinformation erfährt aus Paris, daß Marschall Foch bisher vom Obersten Rat keine Ermächtigung erhalten habe, militärische Maßnahmen irgend welcher Art zu ergreifen. Die Gerüchte über Truppenzusammenziehungen der Alliierten an der Grenze des besetzten Gebietes entbehren daher der Grundlage, es fanden vielmehr nur Ablösungen von Besatzungen in der Pfalz und im Rheinland statt. Die schließliche Anerkennung der letzten Forderungen der Entente durch Deutschland gilt in maßgebenden politischen Kreisen in Frankreich und England als feststehend.

„Excelsior“ erklärt, daß, obgleich man im Quai d'Orsay den gesamten Okkupationsplan noch nicht festgelegt habe, man sich doch schon in einem technischen Spezialauschuß mit demselben beschäftigt habe. Das Blatt bemerkt weiter, daß nach Informationen an gut unterrichteter Stelle kein Verbot durch die amerikanische Regierung unternehmen Schritte auf die Entente, wie sie sich gegenwärtig in der deutschen Hauptstadt vollzieht, nicht ohne Einfluß geübt werden. Eine Note wird heute abgefaßt werden, die die deutsche Regierung einladet, diese Entente zu beschleunigen.

Paris, 6. Dez. Das „Journal“ meldet, daß der Jahrgang 1920 zu Anfang nächsten Jahres zu den Waffen ruhen wird und daß der Zeitpunkt der Einberufung zwischen dem 15. und 18. Februar festgesetzt werde. Der Jahrgang 1920 soll rashestens ausgebildet werden, damit die Klasse 1918 Mitte April entlassen werden kann.

Zurückhaltung der Kriegsgefangenen für den Wiederaufbau.

Basel, 6. Dez. Die Prehinformation meldet aus Paris: Die französische Regierung hat mit Zustimmung des Obersten Rates beschlossen, die deutschen Kriegsgefangenen solange für die Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten zu verwenden, bis ein Abkommen mit Deutschland über die Ueberlieferung von freiwilligen Arbeitskräften getroffen ist und die darin von Deutschland übernommenen Verpflichtungen erfüllt sind.

Bestialität der französischen Kolonialtruppen.

Von einem aus dem besetzten Gebiet zurückgekehrten Angehörigen der Reichswehr wird den „P. P. R.“ folgendes mitgeteilt: In Saarbrücken wurde beim Verkauf eines Dungkäufens an der sogenannten Zoffelkaserne, der früheren deutschen Mannenkaserne, in der französische Kolonialtruppen untergebracht sind, vier Leichen junger Mädchen gefunden. In Saarbrücken und Umgebung werden im ganzen acht junge Mädchen vermisst, die wohl auf gleiche Weise ein Opfer bestialischer Mordtaten der französischen Kolonialtruppen geworden sind. In der Presse des besetzten Gebietes dürfen natürlich herartige Nachrichten nicht verbreitet werden. Die Erbitterung der Bevölkerung aller Schichten gegen die französische Schandwirtschaft wächst von Tag zu Tag.

Gegen die Reaktion.

Berlin, 8. Dez. Wierzechn von der sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung in Großberlin nahmen gestern gegen die Reaktion Stellung und forderten den demokratischen Ausbau der Verwaltung, Einbeziehung von Beamtenräten und volles Mitbestimmungsrecht für die Beamtenschaft.

Revolutionäre Bewegung in Siebenbürgen.

Kubasek, 6. Dez. „Magyar-Kurier“ berichtet aus Klausenburg, daß in den von den Rumänen besetzten Gebieten Siebenbürgens seit Tagen eine revolutionäre Stimmung herrsche. Am 30. November sei Klausenburg der Schauplatz blutiger Ereignisse gewesen. Das revolutionäre Militär, von dem sich ein großer Teil aus Siebenbürger Rumänen rekrutiert, hätte aus dem Pulverturm und der Stadelle große Mengen von Munition geraubt und griffen auch das Armeedepot an. Die rumänischen Soldaten gaben eine Salve ab und es kam zu heftigen Straßenkämpfen, die auf beiden Seiten mehrere Opfer forderten. Noch in derselben Nacht habe sich in Klausenburg ein revolutionärer Soldatenrat gebildet, dessen Leiter Oberleutnant Biereil Salven sei. In Klausenburg alle wurden 1207 Siebenbürger Rumänen wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet. Auch in Debau herrsche eine starke bolschewistische Stimmung. Der Ausbruch einer allgemeinen Revolution sei eine Frage von Stunden.

Friedenskonferenz der Randstaaten.

Seltingers, 6. Dez. Die Friedenskonferenz der Randstaaten begann gestern in Orpat und nicht in Pleskau. Die Verhandlungen sind geheim. Die russische Deputation besteht aus 20 Personen, darunter sieben Frauen. Die Leiter sind die Kommissare Grafin und Joffe, wozu noch Litwinoff und Rabef erwartet werden.

Die Staatsfinanzen der Tschecho-Slowakei.

Das Defizit im Staatsvoranschlag der tschecho-slowakischen Republik für das Jahr 1919/20 beträgt fünf Milliarden, bei einer Einnahmegerüstung von 11 Milliarden. Damit hat sich der Fehlbetrag im Staatshaushalt seit dem Bestehen der jungen Republik um zwei Milliarden vermehrt. Als Ursachen werden die kriegerischen Unternehmungen in der Slowakei und die Regulierung der Gehälter der Staatsangestellten angeführt.

Kabinettkrise in Warschau.

Warschau, 8. Dez. Paderewski hat seine Demission überreicht. Das Staatshaupt Pilsudski hat die neue Kabinettsbildung dem Präsidenten des Landtags Trampczynski an, der aber ablehnte, worauf Paderewski die ihm angebotene Bildung des Kabinetts annahm.

Die Notlage Oesterreichs.

Die Wiener Lokalchronik berichtet jetzt täglich Dufende von Unglücksfällen beim wilden Holzfällen im Wiener Wald, von denen schon einige tödlich verlaufen sind. Ein Ausfluß in die unmittelbare Umgebung der Stadt läßt auch das Auge des ungebildeten Beschauers die Schäden überblicken, die auf Jahrhunderte hinaus durch das sinnlose Fällen von jungem Holz angerichtet werden. Man begnügt sich aber nicht damit. Die Bänke in den Gartenanlagen sind, soweit sie aus Holz sind, schon längst die Brennholznot zum Opfer gefallen. Die Ernterückstellungen von Holzschlägern sind nicht worden. Man reißt die aus der Kriegszeit übrig gebliebenen Holzbaracken, die jetzt als Notunterkünfte dienen könnten, nachlässigerweise ein und heizt damit so, wie die Volkswirtschaft in den Bänken in der Schule heizt, in denen sie untergebracht ist. Vielleicht noch viel schlimmer als der Umstand, daß in zwei Wiener Familien dieser Tage Menschenfleisch gegessen worden ist, ist die wiederholt gemeldete Tatsache, daß Eltern ihre Kinder mißhandeln, wenn sie das durch eine Hilfsaktion der Amerikaner und Holländer in den Schulen erhaltene Essen nicht nach Hause bringen und mit den Erwachsenen teilen. Mütter, die ihren Kindern den Bissen mit Gewalt vom Munde wegnehmen, deuten einen Verfall der Sitten an, der schwer überboten werden kann.

Ein dringender Hilferuf an die Entente.

Paris, 6. Dez. Der „Matin“ meldet, daß der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Durruti, dem Obersten Rat gestern vormittag einen ergreifenden Brief des Staatskanzlers Dr. Renner, der auf die hoffnungslose Lage in Wien aufmerksam macht, zur Kenntnis gebracht habe. Renner ersuchte um die Erlaubnis, nach Paris zu kommen, um Hilfe zu erbitten. Der Oberste Rat, gerührt durch den Ton des Briefes, habe seine Zustimmung dazu gegeben.

Hilfe aus Italien.

Der Gemeinderat von Bologna nimmt eine Anzahl Wiener Kinder auf und spendet außerdem 50.000 Lire. Der sozialistische „Avanti“ richtet an das Proletariat Italiens einen ergreifenden Aufruf unter dem Titel: „Helfen wir den österreichischen Kindern!“ Er nennt in diesem Aufruf die Entente eine Verbrechergesellschaft, die sich kein Gewissen daraus mache, ein ganzes Volk zum Hungertode zu verurteilen, um nur die Früchte ihres Sieges besser genießen zu können. Der Sozialismus müsse diese armen hungernden Geschöpfe retten und die Einladung Christi: „Lasset die Kleinen zu mir kommen!“ wiederholen. Auch der nationalsozialistische „Popolo d'Italia“ unterstützt diese Anregung mit aller Energie. In Lugano hat sich ein aus Tschechen und Italienern bestehendes Komitee zu einem solchen menschenfreundlichen Zwecke gebildet.

Eine Millionenpende der holländischen Arbeiter für Deutsch-Oesterreich.

Dem österreichischen Gewerkschaftskongress wohnte als Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes der holländische Arbeitersekretär und Redakteur des „Het Volk“, Jansen, bei. Er begrüßte den Kongress im Namen der dem internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Landeszentralen und würdigte die Haltung der österreichischen Delegation auf dem Rotterdammer Kongress, die viel dazu beigetragen habe, die Luft zwischen den Arbeitern der ehemals kriegführenden Länder zu überbrücken und eine neue internationale aufzubauen. In Anbetracht des in Wien herrschenden Notstandes habe der internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, alles daran zu setzen, um den österreichischen Arbeitern Hilfe zu bringen. Die holländischen Genossen werden aus eigener Kraft Mittel aufzubringen suchen, wie viel wisse er nicht, aber auf hundert bis zweihundert Millionen Kronen habe er Hoffnung. Der internationale Gewerkschaftsbund werde dafür sorgen, daß die Arbeiter in den Ententeländern die Pflichten der internationalen Solidarität üben. Er selbst werde seine Anwesenheit dazu bemühen, die Wiener Zustände in Augenschein zu nehmen, um aus eigenen Informationen den Arbeitern in den anderen Ländern berichten zu können.

100 Wiener Kinder nach Island. Auch das ferne Island hat an der Hilfeleistung für die darbenenden Kinder Wiens Anteil zu haben gewünscht. Das isländische Ministerium hat einen Ausschuss gebildet, der 100 österreichische Kinder in Island unterbringen will. In der kleinen Hauptstadt Reykjavik hat die Bevölkerung bereits Sammlungen und Vorbereitungen für die Unterfunkt begonnen. Die Einladung vom hohen Norden bedeutet in dem bedrängten Wien eine tröstliche Sensation.

Die Judenhetze.

(Gedanken zum Vortrag des Herrn Arnold Ruge am 5. Dezember zu Karlsruhe.)

Abergläubischen Menschen kann man hundertmal „beweisen“, daß der Freitag um keinen Deut „glücklicher“ oder „unglücklicher“ ist als irgend ein anderer Tag, daß es Leute gibt, die schon in Hotelzimmern mit der Zahl 7 oder 13 übernachtet haben, ohne unmittelbar darauf gestorben zu sein, daß eine „Spinne am Morgen“, eine alte Frau oder eine Rabe, die von links über den Weg läuft, nicht immer „Kummer“ und „Sorgen“ zu „bedeuten“ brauchen, und was von derartigen Unsinn sonst noch in den Köpfen spukt. Es wird alles nutzlos sein — die Abergläubischen bleiben bei ihrer Narrheit; denn der Aberglaube ist sozuzagen die Religion der Dummköpfe.

Nun gibt es aber auch eine Politik der Dummköpfe. Das ist der Antisemitismus. Dem waschechten Antisemiten kann man hundertmal „beweisen“, daß die Juden den großen Krieg von 1914/18 ebensowenig herbeigeführt haben, wie etwa im Jahre 1755 das Erdbeben von Lissabon. Der Antisemit bleibt bei seiner „politischen“ Ueberzeugung. Daher haben es denn auch die antisemitischen Redner und Schreiber so leicht, zu reden und zu schreiben; sie können denselben Artikel, dieselbe Rede hundertmal lassen wie ihre Vorgänger vor Jahrzehnten, denn ihr Publikum ist urteilslos, kritiklos, gedankenlos. Du kannst ihnen hundertmal nachgewiesen haben, daß Keutsh, Reichsanzler Bauer, Ledebour, Silbermann u. a. keine Juden sind, noch jemals waren, noch zu werden beabsichtigen — — — die Lügen werden doch immer wieder aufgearbeitet. Ihr Mund der Gesellschaft tausendmal beweisen, daß Karl Marx niemals Mordehat, Kurt Eisner nie Salomon, Kufschowitsch oder so ähnlich, Lord Northcliffe niemals Stern geheißt, noch aus Frankfurt gestammt hat, noch Jude gewesen ist. — — — die von den Antisemiten einmal ausgeheulten Lügen kehren stets von neuem wieder. Und so ist und bleibt denn z. B. der Münchener „Simplicissimus“ ein „Judenblatt“, hat Landauer die Frauen zwischen 17 und 33 Jahren „sozialisiert“ wollen, sind die Münchener Geiseln von den Juden erschossen worden, steht im Talmud, daß der Jude den Christen betrogen darf, und was sich die „Politiker der Dummen“ sonst noch an Schwindeleien ein für allemal aus den Fingern gezogen haben.

Wie ist so etwas möglich? Es ist möglich, weil der Antisemitismus einer anderen Pfanz und Nährboden als den der Lüge, des Aberglaubens, der Unwissenheit, der Dummheit nicht vertritt. Schon daraus allein geht hervor, daß die Massenbewegte Arbeitererschaft sich vom Antisemitismus fernhalten muß; denn ihr Weizen kann nur erblühen aus dem Boden der vorurteilslosen Wissenschaft, der Ehrlichkeit und einer Politik, die ihre Wurzeln nicht in törichten Rassen-Theorien oder dergleichen zu stecken hat, sondern ihre Nahrung zieht aus der gesunden Erde jener geschichtsmaterialistischen Auffassung, die uns vom Juden Karl Marx gemeinsam mit seinem edlen, klugen und vorurteilslosen Freunde, dem Christen Friedrich Engels, als unsere wertvollste Erbschaft hinterlassen ist, als Produkt eines erhabenen-menschlichen Persönlichkeitsverhältnisses, das dem Verhältnis zwischen Goethe und Schiller in mehr als einer Beziehung zur Seite gestellt werden darf. Was die Antisemiten zu bieten haben, das ist „Erfahrungspolitik“ oder „Politik-Erfahrung“. Die deutsche Arbeitererschaft aber braucht heutzutage mehr als jemals eine klare Politik, die nicht beunruhigt ist von afterpolitischen und — was die Hauptsache ist — reaktionären Beimischungen nach Art der antisemitischen Unheilslehre.

Denn das kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen: Etwas Reaktionärer als die Politik des Antisemitismus kann man sich kaum denken, und das drückt sich ja auch schon rein äußerlich in der Tatsache aus, daß die Heher und Kreiber in den Reihen der Antisemiten sich vor allem aus abgeschalteten höheren Offizieren, Großgrundbesitzern, Großindustriellen, höheren Beamten und deren mißläuferischem Anhang rekrutieren. Alles, was die Rückkehr Wilhelm von Hohenzollern erhofft, alles, was den Militarismus, den Absolutismus von 1914 wieder herstellen möchte, alles, was mit den Vorkämpfern der Revolution Abrechnung zu halten dreht, hat sich ein Stell-dich-ein gegeben in der deutschnational-deutschvolksparteilich-antisemitischen Gruppierung, die des Tages harzt, an dem sie wieder, wie zu Bismarcks Zeit etwa, das Szepter in die Hände nehmen kann.

Die nächsten Wahlen werden der Arbeitererschaft nur zu deutlich zeigen, wie diese Dinge stehen. In Wahlen aber bereitet man sich nicht von heute auf morgen, sondern monatlang vor! Darum ist es an der Zeit, daß die deutsche Arbeitererschaft auch ihrerseits an das Bewusstseins denkt. An Geld und anderen Mitteln wird es den reaktionären Herrschaften nicht fehlen; denn alle diejenigen, die durch straffere Steuererhebung, durch die republikanische Befestigung veralteter Vorrechte von einem Teil ihres Besitzes und von ihren Privilegien „befreit“ zu werden fürchten, röteten sich zusammen und führen ihre Beiträge an den gegenrepublikanischen Widerstandsfonds ab.

Indessen zerplittern und verzetteln die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands ihre Kräfte in zwei, drei oder gar noch mehr politischen Organisationen! Auch das kann nicht gerade als eine Kluge, als eine Klassenbewußtheit, als eine weisliche Politik angesprochen werden. Auch das gehört

Seite 2
ilung
ber 1919.
13 Rfa. ober
e F Nr. 128
reise von 18
Nr. 123
2.13 gegen
zum Presse
C Nr. 128
Nr. 78.
1.08, für
onschafts
Profet Anie.
Nr. 78. —
und für 1
J Nr. 128
18 291. —
en und 50 gr
zum Presse
ie Nettmark
gwar in den
a Dienstag
en 11. Dez.
11. Dez. bis
291, Soms
den 18. Dez.
bis 291 wird
r. 128, 50 gr
unter Betrag
1.90 für das
15 Rfa. gegen
Anhang. —
ert hat, kann
rden.
zum Presse
er Kartoffel
emeinen Be
Zusatzmark
zum Preise
auf die Wa
ed kann erst
die Zufuhr
gember 1919
abohlt u.
er für
gr
100 gr
1919. 8588
straße.
Stadt.
Gemüse
1919 bis
19.
Rfa.
Pfund
18
Stück
5-20
Pfund
46
100
25
8
140
90
Stück
5-10
Pfund
10-15
Pfund Rfa.
90
250
200
Stückpreis
e wird als
übermäßige
8588
aren.

eigentlich ins Gebiet der minderwertigen, der „Erst-Klasse“... Es ist Zeit, daß die Arbeiterklasse erwacht...

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 6. Dezember.

Eröffnung der Sitzung um 1.20 Uhr nachmittags. Der Präsident dankt der ersten Sitzung, die heute vor 25 Jahren in diesem Hause abgehalten wurde...

Die Erledigung des Gesetzes über die Zahlung der Gültigkeit in Geld findet ohne Erörterung in dritter Lesung statt...

Landesteuererhebung in Verbindung mit der Reichseinkommensteuer und der Kapitalertragsteuer.

Hg. Dr. Düringer (D.M.): Die Steuerpläne des Finanzministers haben unsere Valuta nicht gehoben. Das Ausland hält sie für die schlimmste Belastung...

Finanzminister Erberger: Es ist eine maßlose Heberlei, zu sagen, das Reich sei nur noch Steuerreform. Das Reich muß dafür sorgen, daß die Gelder der Anleihen ihre Rinsen bekommen...

Hg. Weder-Oeffen (D.M.): Ob die Entente nach dem Friedensvertrage ein Recht hat, die Hand auf das Notopfer zu legen, ist gleichgültig. Sie hat die Macht dazu...

Hg. Burm (U.S.): Die Reichseinkommensteuer geht zu tief herunter, so daß sie wie eine indirekte Steuer wirkt, weil sie die wirtschaftlich Schwachen mehr belastet als die Starben...

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

Sie war eng und finster wie sämtliche Räume des Hauses. Eine Lampe mit zerbrochenem Glöndler brannte; aber die Flamme war nur klein und schwächern...

Als er verschwunden war, streckte sich die kleine Flamme, die an ihrem armen, undbewußten Leben von Verdrehungsernergie hing beaglich. Und dadurch fiel ein wenig mehr Licht auf den Mann.

Es würde nicht genügen, wenn man jagt, mochte, daß er schlecht gekleidet gewesen sei, denn er sah zerlumpt, dürftiger und schmutziger aus, als man sich vorstellen kann.

Falls man Menschen nach ihren Kleidern beurteilen darf, mußte dieser ein sehr schlechter Mensch sein.

Sein Rock hatte sicher ursprünglich einem Pannu gehört, der kleiner und dünner als sein jetziger Eigentümer gewesen war, abgesehen auch dieser einen schlanken Jüngling gleich.

Die Luft in dem schwarzen Schaf hatte noch nicht die lebhaften Farben seiner Wangen bleichen können. Er glück einem braven Bauern aus der Gegend von Frederiksborg, kurzschmiedig, breit und ein wenig krummbeinig.

leben durch Förderung der Produktion usw. Statt dessen jedoch man die Landwirtschaft.

Die drei Steuererträge wurden an die zehnte Kommission verweisen.

Nächste Sitzung: Dienstag, mittags 1 Uhr: Kundgebung gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegesgefangenen. — Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

W.F.W. Berlin, 6. Dez. Bei der zweiten Lesung des Umsatzsteuererlasses im Steuerausschuß der Nationalversammlung wurde die Höhe der Umsatzsteuer entsprechend den Beschlüssen der ersten Lesung auf 1 1/2 Prozent bemessen.

Ernährungsfrage und Alkohol.

Die Hoffnung nach Unterzeichnung des Friedensvertrags wenigstens durch die Aufhebung der Blockade durch Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen die Lebenshaltung wieder auf einen erträglichen Zustand zu bringen, hat sich leider als trügerisch erwiesen.

Trotzdem während des Krieges der Brauerbetrieb aus Mangel an zu verarbeitender Gerste erheblich eingeschränkt wurde, ist laut statistischen Angaben festgesetzt, daß vom 1. August 1914 bis 1. August 1919 der Volksernährung durch die Brauereien weit über sechzig Millionen Zentner Gerste entzogen worden sind.

Wer garantiert, daß nicht große Teile des aus Amerika eingeführten Weizenbrot der Bran- und Brennindustrie zugeführt werden. Den Brauereien und Brennerien ist es möglich, hohe Preise für Getreide zu bezahlen.

Die gesamte Arbeitererschaft wird gut tun, mit allem Ernst von den maßgebenden Behörden zu fordern, daß Gerste und Zuder reiblos für die Ernährung verwendet werden und nicht zur Produktion von Alkohol.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Futternot in der Landwirtschaft. Wie schon des öfteren aus Zeitungsnotizen zu entnehmen war, haben wir diesen Winter mit einer außerordentlich großen Futternot in der Landwirtschaft zu rechnen.

Die Viehzucht der Landwirte mit Futternot weichen ganz erheblich erschwert. Zudem ist nun neuerdings durch Verfügung des Reichskommissars für die Rindviehproduktion und der badischen Landesstellen die Viehzucht der diesbezüglichen Betriebe mit Brennmaterialien gesperret und bei einer

Dem Aussehen nach mußte der Mann alt sein. Allein es waren auch wieder Züge in seinem Gesicht, die an ein Kind erinnerten; es hatte die scharfen Linien eines Denkers, gemildert von der Sanftheit eines Apostels und zugleich die Würde eines Bischofs.

Trotz alledem lag ein Ausdruck unerwarteter Friede und stiller Gleichgültigkeit auf dem Gesicht des Mannes, während er so dünn gekleidet dastand und im Schlaf machte es nun aus Kälte oder aus irgend einem andern Unbehagen sein, hier und da zusammenzucken. Selbst als der Tod vorbeiging, lächelte er wie in einem schönen Traum.

Die Luft in dem schwarzen Schaf hatte noch nicht die lebhaften Farben seiner Wangen bleichen können. Er glück einem braven Bauern aus der Gegend von Frederiksborg, kurzschmiedig, breit und ein wenig krummbeinig.

Der Mann erinnerte an Schneider Blombergs Werkstatt, vielleicht ein bißchen besser erhalten und vollgeproppert mit klumpen, rot bemalten Möbeln. Das Bett schien zu groß zu sein, die Kissen waren zu schwer, aus dem Strohgeschichten die Salme heraus. Man sah sofort, daß dieser Bauer seine beste Zeit in ländlicher Umgebung gedient hatte.

Eine Frau, die in dem Bette lag, stand im Begriff, aus diesem Leben zu scheiden. Außer ihr befanden sich noch zwei Männer im Zimmer. Der eine war der Arzt, ein richtiger Herr mit Keifer und schwarzem Rock, der andere Lars Larsen, der Mann der Erbenden.

Er hatte ein gutmütiges, glattes Gesicht mit einem großen Mund, mächtigen Kinnbäden und kleinen Augen mit vielen Falten ringsum, Augen, die von Natur aus dazu bestimmt gewesen waren, gemüßlich zu blinzeln, was sie aber mit der Zeit vollständig verlernt hatten.

Die Luft in dem schwarzen Schaf hatte noch nicht die lebhaften Farben seiner Wangen bleichen können. Er glück einem braven Bauern aus der Gegend von Frederiksborg, kurzschmiedig, breit und ein wenig krummbeinig.

Mannheimer Firma z. B. der vorhandene Vols beschlagnahmt worden. Diese Zustände sind nun bald unhaltbar. Der badische Bauernverein hat deshalb an die badische Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Organisationen, die auf die möglichst baldige Beschaffung von Futtermitteln hinauslaufen, zu unterstützen, und zu helfen, bestehende Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Um den Tabak. Unter dem Vorsitz des geschäftsleitenden Direktors der Landwirtschaftskammer, Dr. Müller, fand letzte Woche im Gartencafe der Festhalle in Karlsruhe eine Versammlung der badischen Tabakpflanzer statt. Direktor Dr. Müller berichtete über das Bremer Abkommen und bemerkte, daß die in dem Abkommen festgelegte Forderung der Einführung von Höchstpreisen für Tabakfabrikate bis heute noch nicht erfüllt sei.

Tarifabschluß im Metallgewerbe. Der zwischen dem Verband der Metallindustriellen Mittelbadens in Karlsruhe, dem christlichen Metallarbeiterverband, Bezirk Baden, dem Gewerksverein Deutscher Metallarbeiter S.-D. Wadens, dem Deutschen Metallarbeiterverband, Bezirksleitung, 9. Bezirk in Stuttgart, am 1. Juni 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie wird gemäß § 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1456) für den Bezirk der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden für allgemein verbindlich erklärt.

Aus der Partei.

Positive Arbeit für den Sozialismus. Auf einen Aufruf, der von Professor Vollob, Edward Bernheim, Dr. Alfons Goldschmidt, Herbert Köning, Arthur Sternau und Hugo Simon unterzeichnet war, hat sich kürzlich in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Nationalökonomien gebildet. Nicht als Vertretung von Berufs- und Standesinteressen, sondern zur wissenschaftlichen Erforschung der Mittel für die Überführung der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft, insbesondere der Sozialisierung und des Kategoedantens. Diese Probleme sollen in lebendigem Zusammenwirken mit den sozialistischen Berufsorganisationen, Räten, Gewerkschaften, und Genossenschaften ihrer praktischen Lösung entgegengeführt werden.

Auf dem Tisch stand eine Lampe, die ganz schwach brannte. Ungebuldig wendete sich der Arzt an Lars Larsen und fragte:

„Könnten Sie die Lampe nicht etwas höher schrauben?“ Es geschah, und sie strahlte ein Licht aus, das im Vergleich zu dem früheren Halbdunkel blendend erschien.

„Das laß ich mir eher gefallen,“ sagte der Arzt. „Du lieber Gott, Doktor,“ erlöste es klagend vom Bett her. „Sie denken natürlich nicht daran, was so ein Was an Petroleum verflucht.“

Ohne etwas zu erwidern, beugte sich der Arzt über die Kranke und unterlichtete sie.

„Glauben Sie, daß ich es überstehe?“ fragte die Sterbende.

„Wir wollen das Beste hoffen“ antwortete er, aber der Ton klang nicht überzeugt.

„Wenn man sich den größten Teil seines Lebens so abgeradert hat wie ich, und es ist jetzt auf seine alten Tage ein wenig gut bekäme, will man ungern fort,“ erklärte sie.

„Das versteht sich,“ erwiderte der Arzt. „Aber so weit ist es ja noch nicht.“

Die Kranke lag in einem wahren Berg von Bettfedern. Man sah nicht als ihr Gesicht und ihren spitzen Kopf mit dem dünnen, zurückgestrichenen, weißen Haar. Ihre Nase war schmal wie eine Messerlinge; ihre Augen lagen tief in den Höhlen wie zwei matte Glasgugeln, die sich in bauschigen Hautfalten verbergen.

Langsam zog der Arzt seine Handschuhe an und griff dann nach seinem Gut. Lars Larsen stand beiseiten hinter ihm und faltete in der Unfähigkeit die Hände.

„Jetzt kommst du gewiß die Lampe wieder kleiner schrauben, Lars,“ jammerte die Frau aus den Rissen hervor. — „Ich finde, sie tut den Augen weh.“

Der Mann erfüllte ihren Wunsch; der Arzt verabschiedete sich. Dann begleitete ihn Lars Larsen hinaus, um ihm die Treppe hinauszuleuchten. Als sie an dem schlafenden Mann in der Küche vorbeikamen, wendete sich der Doktor an den Bauern.

(Fortsetzung folgt.)

Innerhalb oder außerhalb der badischen Regierung.

Zur Entschärfung der Auer Parteigenossen

Wendet uns Gen. Landtagsabg. A. Weismann die nachstehenden politischen Betrachtungen:

Es gibt gewiß Parteigenossen, die mir seit meinem Eintritt in die Presseabteilung der badischen Regierung die subjektive Fähigkeit abspüren, bei der Erörterung des in der Ueberschrift festgehaltenen Themas ein objektives Urteil fällen zu können. Wenn man aber seit einhalb Jahrzehnten in Wort und Schrift für die politische und wirtschaftliche Emanzipation der badischen Arbeiterklasse, für die ständige Machterweiterung und fortwährende Ausdehnung des politischen Einflusses der badischen Sozialdemokratie kämpft, dann braucht man schließlich auch dann nicht böslich zu schweigen, wenn man zu den vielverschiedenen Regierungsozialisten gezählt wird.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Auer Parteigenossen, ebenso wie die Freiburger Genossen und die Abg. Königberger und Marloff nur das unbedingte Wohl der Partei im Auge haben, wenn sie den eben. Austritt der Sozialdemokratie aus der bad. Regierung fordern. Allein auch im parteipolitischen Leben folgt auf das A. das B. und nach dem Austritt muß die Frage gestellt werden: Was jetzt! Und daran franten die genannten Vorschläge der Freiburger und der Auer Parteigenossen. Gewiß, die Sozialdemokratie überdauert auch Regierungsformen und Regierungsmaßnahmen, die derselben erscheinen mögen. Und solange es in Baden einen Kapitalismus gibt, solange auch in unserem Heimatlande die kapitalistische Gesellschaftsordnung die tonangebende ist, wird es auch eine Sozialdemokratie geben. Allein die Salusfolgerung scheint mir ebenso zwingend: Würde die Sozialdemokratie heute aus der badischen Regierung austreten, sie müßte morgen bereits wieder eintreten! Das klingt paradox, trifft aber nichts desto weniger den eigentlichen Kern der Sache. Die Auer Parteigenossen sind nach ihrer in der Freitagsummer dieses Blattes veröffentlichten Entschlieung anderer Meinung. Sie sagen, es ist besser, den bürgerlichen Parteien die Verantwortung allein zu überlassen. Ja, wenn es damit getan wäre! Ganz abgesehen davon, daß erst kürzlich, bei der öffentlichen Erörterung des parteipolitischen Vorgehens der Freiburger Genossen, die gesamte Zentrumspresse vom Bodensee bis zum Tauberggrund kategorisch erklärt hat, es falle der Zentrumspartei in Baden gar nicht ein, eine Regierung ohne die Sozialdemokratie zu bilden. Daß auch die Demokratie nicht gewillt ist, in Baden das politische Welt allein in die Hand zu nehmen, ist ganz selbstverständlich. Was dann? Leider haben sich hierzu die Auer Genossen gar nicht geäußert. Es ist doch nicht getan, daß man kurzerhand erklärt, wir machen nicht mehr mit! Das tägliche Leben geht seinen Gang. Die Ernährungsschwierigkeiten bleiben noch auf längere Zeit hinaus bestehen, die Teuerung steigt weiter, der ökonomische Kampf um das Dasein wird immer erbitterter. Auf der anderen Seite hält die politische Reaktion die Zeit für gekommen, den Versuch zu wagen, sich wieder in den Sattel zu setzen. Da machen wir es uns — immer nach dem Rezept von Aue und Freiburg — sehr bequem, lassen den Dingen ihren Lauf und erklären dem Zentrum, den Demokraten und den Deutschnationalen, falls diese democh sich bereit erklärt hätten, die Regierung in Baden zu bilden, leutenruhig: Ihr müßt helfen, an Euch stellen wir diese und jene Forderungen, die dem Glend der Gegenwart abhelfen können, obhellen müssen. Ebenso leutenruhig erklärte uns kürzlich diese Koalition der bürgerlichen Parteien: Wollt Ihr diese Cure Forderungen durchsetzen, dann helft gefälligst selbst an ihrer Verwirklichung mit; lehnt Ihr dies ab, dann müßt Ihr Euch mit dem befrieden, was wir auszuführen willens sind in der Lage sind.

Auf diese Formel gebracht, sehen die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Austritts der Sozialdemokratie schon anders aus, als die glatte Durchführung des Vorschlags der Auer Parteigenossen. Nun werden diese aber gewiß nicht wünschen, daß auch die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Mandate niederlegen, denn schließlich muß doch eine Körperschaft vorhanden sein, mittels welcher man der Regierung die notwendigen Forderungen der badischen Sozialdemokratie unterbreitet. Gälte es denn nun einen Sinn, solche Forderungen — vielleit in großer Zahl — im Landtag zu stellen, den bürgerlichen Parteien aber zu sagen: Die Durchführung verlangen wir von euch! Eine solche Taktik wäre der Anfang vom Ende des politischen Einflusses unserer Partei. Mit welchem Rechte würden wir uns beklagen, wenn unteren Forderungen nur eine laue Durchführung beschieden wäre oder die bürgerliche Koalitionregierung ihre Erfüllung überhaupt verweigerte? Es würde uns wenig nützen, wenn wir in Dutzenden von Versammlungen, in ellenlangen Entschlieungen bombastisch erklärten: Wir lehnen die Verantwortung ab! Diese schöne Geste bewahrte uns nicht vor der politischen Reaktion, linderte nicht einen Augenblick das derzeitige Ernährungsleiden und mißerte keineswegs die schlimmsten Begleiterscheinungen der maßlosen Teuerung. Es ist bedauerlich, daß man solche Wünsche immer immer wieder aussprechen muß, daß leider ein Teil unserer Parteigenossen noch immer nicht die Möglichkeit des alten Prinzip anerkennen will: Politische Fragen sind nicht in der Hand der Regierung, sondern in der Hand der Bevölkerung. Politische Fragen sind nicht in der Hand der Regierung, sondern in der Hand der Bevölkerung. Politische Fragen sind nicht in der Hand der Regierung, sondern in der Hand der Bevölkerung. Politische Fragen sind nicht in der Hand der Regierung, sondern in der Hand der Bevölkerung.

Es ist gewiß auch nicht gleichgültig, ob die Sozialdemokratie auf die stimmungsmäßige Durchführung der vom Landtag beschlossenen Gesetze und Verordnungen einigen Einfluß hat. Wenn z. B. dem Minister des Innern, der zur Zeit ein Sozialdemokrat ist, das gesamte Ernährungswesen untersteht, wenn ihm die Handhabung der Polizeigewalt obliegt, die Überwachung der Tätigkeit der Bezirksämter und der Gemeinden zu seinen Aufgaben zählt, Reichs- und Landtagswahlen, Verfassungseinhaltung und viele andere Fragen noch in seinem Dienstbereich fallen, so sollten organisierte Sozialdemokraten sich der Bedeutung solcher staatlichen Funktionen zweifellos wohl bewusst sein.

Und wenn dem sozialdemokratischen Arbeitsminister das Gewerbeaufsichtsamt mit dem Arbeiterschutz, den Tarifverträgen, der Gewerbeschulungsfürsorge und den Notstandsarbeiten, sowie der Sozialen Hygiene unterstellt ist, wenn die Wohnungsfürsorge und das Siedlungswesen seine Arbeitsgebiete sind, wenn er die großen Zukunftsprobleme, wie das Elektrizitätswesen, der Bau von Kraftwerken und Wasser- und Straßenbau zu lösen hat, dann darf eine Arbeiterpartei nicht die Pflicht erklären, das sind für uns nebensächliche Dinge, wir überlassen es den bürgerlichen Parteien, unsere Forderungen auf diesen Gebieten zu erfüllen.

Auch der Umstand, daß ein Sozialdemokrat Staatspräsidenten-Lit. der Staat zu repräsentieren und alle Ange-

legenheiten geschäftlicher Art zu erledigen hat, die vor der Revolution ausschließlich dem Großherzog zustanden, sollte ob seiner Einwirkung auf die breite Öffentlichkeit nicht mit einer lässigen Handbewegung abgetan werden, zumal im Staatsministerium alle Beschlüsse der Einzelministerien ihre endgültige Fassung erhalten. Auch das Recht der Begnadigung, das nach den Bestimmungen der Reichsverfassung später wahrscheinlich dem Staatspräsidenten übertragen werden wird, ist für eine überall für Reformen und gerechte Handhabung der bestehenden Gesetze eintretende Partei nicht belanglos.

Endlich ist es auch für die Partei nicht von Nachteil, wenn zwei sozialdemokratische Staatsräte in der Regierung mitarbeiten.

Wir dürfen also die Argumente der Auer Genossen nach allen Richtungen hin prüfen, sie halten einer beweiskräftigen Untersuchung nicht stand. Daß unsere Auer Freunde wie tausend andere Genossen und Arbeiter unter den derzeitigen schätlichen Verhältnissen leiden, soll gar nicht bestritten werden. Allein Mithilfe wird, wie schon bemerkt, nicht auf dem ihnen vorgeschlagenen Wege erreicht, sondern umgekehrt durch die Befolgung des Grundgedankes: Noch mehr Macht und mehr Einfluß! Nur damit erhalten wir die Möglichkeit, den Staat und seine vielfachen Institutionen in unserem Sinne umzugestalten. Betätigen wir uns aber lediglich außerhalb der Regierung, dann leisten wir in der Hauptsache nur Sisyphusarbeit.

Badische Politik.

Zur wirtschaftlichen Lage.

In einer großen Verammlung unserer Freiburger Parteigenossen sprach der Minister des Innern, Gen. Kemmle, in längerer Ausführungen zur wirtschaftlichen Lage, wobei er angesichts der Ernährungsschwierigkeiten besonders daran erinnerte, daß Baden vor dem Kriege etwa 40 Prozent seines Getreide- und Kartoffelbedarfs von Preußen einführen mußte. Als eine gewisse Erleichterung unserer Lage bezeichnete der Minister eine kommende Millionenanleihe in Amerika, der nur noch die Schwierigkeiten in der Frage des Friedensvertrages im Senat entgegenstehen. Zur Zwangswirtschaft vertrat der Redner die Ansicht, daß sie sich auf die Dauer nicht halten lasse. An deren Stelle müsse die Planwirtschaft, wie sie Mittel vorgezogen habe, treten. Ein- und Ausfuhr müßten von der öffentlichen Hand erfahrt werden, wobei Industrie und Handel mitwirken müsse. Die Rohstoffe müßten dann gleichmäßig auf die ganze Industrie zu verteilen und auch der Konsum solange zu kontrollieren, als es notwendig sei. Die Verbilligung der Lebensmittel ist angesichts des Valutastandes in absehbarer Zeit nicht möglich, hier müsse vor allem auch bei Stadt und Gemeinden der Rohnausgleich geschaffen werden. Durch einen Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung werden die Verhältnisse nicht verbessert. Nur wenn die Arbeiter selbst ihre Aufgabe aufgeben, klüßt der Weizen der Reaktion. Bleibt dagegen die Arbeiterklasse festgeschlossen, so endet die mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede, dann ist die Gegenrevolution, wenn sie sich hervorragt, in drei Tagen niedergeschlagen.

Gegen den freien Handel.

Gr. In einem beachtenswerten Artikel befaßt sich der Zentrumsabgeordnete Heinrich mit „Badischen Beobachter“ mit den Strömungen, die aus dem immer tieferen Sinken der Valuta die Folgerung ziehen, daß wir uns dem Weltmarkt preis anpassen müssen. Unter Hinweis auf die beispiellose Nieden des Reichsministers Collein und auf gleichgerichtete Ausführungen des badischen demokratischen Landtagsabgeordneten Collein gibt Herr Heinrich an, daß eine Anpassung an den Weltmarktpreis unsere Valuta mit unserer Ausfuhr eines besseren würde und uns vor allem mit der uns durch die Friedensbedingungen auferlegten Ausfuhr von 48 Millionen Tonnen Kohlen etwa 14 Milliarden Papiermark mehr einbringen würde, betont jedoch gleichzeitig, daß diesen Vorteilen auch größere Nachteile gegenüberstehen. Insbesondere weist der Zentrumsabgeordnete darauf hin, daß dann der Preis für Mehl um das Sechsfache, für Fleisch um das Vierfache, für Zucker um das Achtfache, für Äpfel um das zehnfache erhöht werden müßte, sobald Arbeiterlöhne von 500-600 M die Woche nicht zu der Höchstlöhnen zählen würden. Eine weitere Folge wäre eine Verteuerung der Gas- und Elektrizitätspreise, der Volkshühner, Frachten und Bahnfahrten und eine Erhöhung der Steuern und Abgaben um das Fünf- und Achtfache, abgesehen von den Wirkungen auf Pensionäre, Invaliden, Rentner.

Es dürfte Aufgabe eines Reichsausschusses sein, sich ernstlich mit der Prüfung all dieser Fragen zu beschäftigen, die ja weder von Herrn Collein noch von Herrn Heinrich neu formuliert wurden, sondern schon einige Zeit die öffentliche Meinung beschäftigen. Insbesondere wäre zu prüfen, ob ein Anstoß an die Weltmarktpreise nicht tatsächlich ein weiteres Sinken unserer Valuta brächte und damit die ganze Sanierungsmäßnahme hinfällig machen könnte, sofern nicht gleichzeitig eine entsprechende Sanierung unserer sonstigen Schulden erfolgt. Kommt nun aber zur Ablehnung der Weltmarktpreise, dann muß man die Konsequenzen nach der anderen Richtung hin ziehen und für eine Planwirtschaft eintreten, wie sie uns Mittel in vorbildlicher Weise empfahl. Das Fortwursteln muß auf alle Fälle endlich aufhören, sonst wird eine Sanierung nach seiner Richtung hin mehr möglich. Zu diesem Zweck möchten wir der raschen Schaffung eines deutschen Wirtschaftsparlamentes, wie es Mittel vorschlug und jetzt auch Heinrich befürwortet, lebhaft das Wort reden.

Unsere Grenzbeamten. Von der Schweizer Grenze wird uns geschrieben: Befanlich sind in der Schweiz (Basel, Schaffhausen und anderen Bahnhöfen) sehr viele badische Beamte und Staatsarbeiter beschäftigt. Man hört nun, daß die Gehälter oder sonstigen Bezüge dieser Beamten in Schweizer Währung nach dem Friedenskurs von 125 ausbezahlt werden. Ist das richtig, so ergibt sich ohne weiteres, daß ein solches Verfahren dem Staat bei dem gegenwärtigen niedrigen Markkurs gewaltige Summen gekostet hat und noch kostet. Ist doch das Mindesteinkommen in der 1. Ortsklasse, in welche die genannten Stationen eingereiht sind, auf jährlich 5100 M. = 6375 Franken festgelegt. Rechnet man den Markkurs zu 13 Cent, so ist das 7644 M. gleich 48 450 M. jährlich aufzuwenden! Nimmt man die Zahl der Staatsangestellten auf insgesamt 200 an — es können aber auch mehr oder weniger sein —, so beträgt der Jahresaufwand nahezu 10 Millionen! Da die Staatseinkünfte an Zöllen und aus dem Bahnbetrieb bei dem gewaltigen Umlauf von deutschem Geld in der Schweiz in Mark erfolgen, so ergibt sich, daß die Staatsfinanzen beträchtlich belastet werden. Gegenüber den im Heimatsdienst beschäftigten Beamten und Arbeitern haben jene Beamten an der Grenze nicht zu verkennde Vorteile, weil die Lebenshaltung in der Schweiz

— besonders an den Grenzorten — viel billiger zu stehen kommt als im Inland, weil sie manches haben können, was bei uns entbehrt werden muß, weil sie schließlich in der Lage sind, eine schöne Summe zurückzuliegen, während die Inlandsarbeiter und Beamten ihren letzten Pfennig auflegen müssen. Kein Wunder, daß solche Stellen gesucht sind.

Gewiß, man muß den Betroffenen geben, was sie zum notwendigen Unterhalt brauchen — mehr haben die Inlandsbeamten und Arbeiter nicht, eher noch weniger — aber man darf doch im Interesse der Freiheit und der Staatsfinanzen fordern, daß man sich diesen alten „Börsen“ etwas genauer besieht, ihn etwas „zurückschneidet“. Man nehme einen mittleren Durchschnittskurs von etwa 70-80 oder bezahle unsere Auslandsbeschäftigten, deren Leistungen nicht verkannt werden, so wie ihre Schweizer Kollegen.

Die nächste Landtagssitzung findet am Mittwoch, den 10. Dezember nachm. 3 Uhr statt. Zur Tagesordnung steht der Bescheid über die Verlegung des Rechnungsjahres und der Bescheid über die Änderung des Wohnungsgeldgesetzes. Ferner stehen zur Beratsung betr. Befreiung der Stellen durch Landesangehörige, betr. Abfertigungsprämien für Brotgetreide und Getreide und betr. Preisprämie für Grünland.

Aus der evangelischen Generalsynode. Die außerordentliche evangelische Generalsynode begann am Samstag nachmittag mit ihren Beratungen über die neue Kirchenverfassung, die von dem Verfassungsausschuß in 29 Vorschlägen vorgelegt war. Berichterstatter war Abg. Bender (pol.). Zunächst fand eine Aussprache über den 1. Abschnitt, der die „Landeskirche im allgemeinen“ umfaßt, statt. Abg. Holdermann (lib.) führte dazu aus, es sei bemerkenswert, daß im Umsturz die Kirche in ihren Grundfesten unerschüttert geblieben sei, weil sie sich auf Evangelienstütze gründe. Beide Strömungen, sowohl diejenige von Rechts wie diejenige von Links, benötige die Kirche, denn beide hätten ihre besonderen Aufgaben. Redner begrüßte die Tagung der Gesamtheit der evangelischen Kirchen Deutschlands in Dresden und behauptete, daß die evangelische Kirche immer noch eines gemeinsamen Reformationsstages und eines gemeinsamen evangelischen Tuktages entbehre. Bedauerlich sei, daß der Einfluß des Protestantismus auf das „W“ zurückgegangen sei. Abg. Burtz (sp.) führte aus, die Verfassung habe nicht allein die Aufgabe, das kirchliche Leben zu ordnen, sondern auch zu fördern. Der neue Verfassungsentwurf stelle einen Fortschritt dar. Die völlige Unabhängigkeit von allgemeinen politischen und sonstigen Machtverhältnissen müsse das Ziel sein. — Abg. Kühlewein (pol.) bemerkte u. a., die Unkirchlichkeit sei von der Klasse der Gebildeten ausgegangen. Die Unkirchlichkeit vor dem Kriege, die zerstörende Kritik der deutschen Theologie habe uns im Ausland in Verruf gebracht. — Es folgte die Aussprache über den zweiten Abschnitt: „Die Gemeinde“. Die Paragraphen 1 bis 6 wurden darauf einstimmig angenommen. Die folgenden Paragraphen, die von der einladenden Gemeinde handeln, regeln u. a. das Stimmrecht, das diejenigen Gemeindeglieder, auch die Frauen, besitzen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben. Kom Stimmentrecht sind ausgeschlossen auch diejenigen evangelischen Kirche Erziehungsberechtigte ohne Not ein Kind der evangelischen Kirche entziehen aber ihm keinen ausreichenden Religionsunterricht zu teil werden lassen. In der Aussprache wurde besonders lebhaft das Frauenstimmrecht behandelt. Abg. Fischer (Landeskirk. Vereinigung) begrüßte den Paragraphen 8, durch den die Heiligkeit des Gotteshauses betont wird. Redner sprach gegen die Vereinigung der Kirchen durch die Wahlreden der Geistlichen hätten die Herren auch einiges sagen dürfen! Die Red. — Auch diese Paragraphen fanden Annahme. Am Montag vorm. 9 Uhr wird die Beratung fortgesetzt.

Das Fürstengesetz in den Kirchen. Mit Bezug auf die neue Mitteilung über den seitens der sozialdemokratischen Volkskammern des Volkskirchenbundes Karlsruhe gestellten Antrag auf Einreichung einer Petition an die außerordentliche Generalsynode wegen Beseitigung des von monarchistischer Propaganda in der Kirche mißbrauchten Kirchengeldes für die früheren Landesherren, sind wir heute in der Lage, mitzuteilen, daß der Gesamtvorstand des Volkskirchenbundes sich einstimmig des gegebenen Anregung angeschlossen hat und eine entsprechende Petition bereits bei der außerordentlichen Generalsynode eingereicht hat. Es wird nun abzuwarten sein, welche Stellung die Generalsynode zu dem Antrag nimmt.

Was kostet?

die Deutsche Spar-Prämien-Anleihe
500 Mark bar
500 Mark Kriegaanleihe

Was bringt?

die Deutsche Spar-Prämien-Anleihe
Jedes Jahr
5000 Gewinne gleich
50 000 000 Mark.

Jedes Jahr
25 000 Bonus-Gewinne von
1000 Mark bis 4000 Mark.

Jedes Jahr
50 Mark Sparzinsen
8092
für ein Stück von 1000 Mark.

Schluß der Zeichnung
10. Dezember mittags 1 Uhr.
Einzahlungstermin 1.-8. Jan.
1. Ziehung: März 1920.

Demokratie und Beamtenchaft! Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Wie wenig frischer Luftzug bisher noch in die ständigen Amtsstuben einzelner Behörden gedrungen ist, darüber liefern einige Vorgänge der jüngsten Zeit wieder einmal typische Beweise. Während anlässlich der Vereidigung der Beamtenchaft auf die neue Verfassung die beiden sozialistischen Leiter von Ministerien, des Innern sowie jener des Arbeitsministeriums in richtiger Erfahrung des Zeitgeistes ihre Beamten auf einmal ohne „Mangunterschiede“ zu diesem Akte herangezogen haben, hat demgegenüber sowohl das Unterrichts- als auch das Finanzministerium die betreffenden Beamten zur Vornahme dieses Aktes in akademische und nicht-akademische Gruppen abgeteilt und so nach diesem alten obrigkeitlichen System durch ebenso dazu passende nach Rang abgestufte Vorgesetzte die Handlung vollziehen lassen. — Es klingt doch geradezu wie eine Ironie, wenn in der Stunde, in der vom Beamten der Eid auf die demokratische Verfassung geleistet wird, dieser Akt in der alt überkommenen Art sogar noch nach der früher gottgepriesenen „Vandensherlichkeit“ abgestuft vollzogen wird! Das von dieser undemokratischen Handlungsweise betroffene und zur 2. und 3. Klasse gestempelte Proletariat des Beamtentums war denn auch in der Mehrzahl durch diesen Vorgang — milde ausgedrückt — eigenartig berührt, so daß viele Beamte ihre Enttäuschung offen zum Ausdruck gebracht haben. Angesichts solcher Tatsachen muß aber doch in aller Öffentlichkeit ausgesprochen werden, daß das Beamtentum denn doch nicht gewillt ist, entgegen der einmal beschlossenen Verfassung alle Zumutungen stillschweigend hinzunehmen, wenn an gewissen „höheren“ Stellen immer noch nach altem Muster über die elementarsten Grundsätze der Demokratie hinwegregiert wird. Die politisch denkenden Elemente in der Beamtenchaft werden daraus hoffentlich ihre Konsequenzen ziehen; auch wird man sich nicht darüber verwunden dürfen, wenn nicht alle Ministerreden an die Beamtenchaft, selbst wenn sie noch so sehr demokratisch klingen, ernst genommen werden.

Aus dem Lande.

1. Neuburgweier, 8. Dez. (Telef.) Bei einer Hausdurchsuchung im Hause des hiesigen Bürgermeisters wurden nicht weniger als 12 Jentner geschlachtetes Schweinefleisch entdeckt; bei einem anderen Bauer, Verhöf Reichert, wurde für 6500 M. Rauchtabak vorgefunden und beschlagnahmt.

Ettenheim, 6. Dez. Bei einer hier abgehaltenen Versteigerung wurde für einen Bentner Stroch 40 M., für einen Bentner Heu 76 M. und für eine kaum 40 Pfund schwere Biege 405 M. bezahlt.

*** Friedheim b. Rahr, 6. Dez.** Hier wurden auf dem Gärtdach bei mehreren Kisten Zigaretten im Werte von 35 bis 1000 M. aufgefunden.

*** Unteruhldingen, 6. Dez.** Die Genbarmerie nahm einem Manne aus Friedrichshafen etwa 2 Bentner Papier ab, den er im Salemer Tal aufgelaufen hat. Der Papier sollte mit dem Schiffe nach Konstanz gebracht werden und von dort aus schließlich in das Ausland wandern.

Einschränkung des Drahtverkehrs. Der Reichsminister hat die bad. Regierung, wie die übrigen Regierungen, dringend ersucht, den Dienststellen die weitestgehende Einschränkung ihres Telegrafens- und Fernsprecherlehrs zur Pflicht zu machen. Die unumgänglichen Ferngespräche und Telegramme sollen so kurz wie möglich gefaßt werden. Der Reichspostminister sah sich zu dieser Maßnahme gezwungen, um nicht zu einer zeitweiligen Einstellung auch des staatlichen Drahtverkehrs greifen zu müssen.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich und die Architektenschaft. Der Landesbezirksrat Baden des Bundes deutscher Architekten hat an den Wiederaufbauminister eine Entschließung gerichtet, in der entschieden Protest gegen die ständige Zurücksetzung des Wiederaufbauministeriums, insbesondere gegen die ganz unbegründete Nichtteilnahme von Architekten an der nach Paris zur Verhandlung über den Wiederaufbau entandten Kommission erhoben wird. Die Architekten wenden sich an die Öffentlichkeit mit der Bitte, ihr Vorgehen nach sich an die Öffentlichkeit mit der Bitte, ihr Vorgehen nach Kräften zu unterstützen und dahin zu wirken, daß das zuständige Ministerium Sachverständige aus den Kreisen der Architekten heranzieht, die allein in der Lage sind, die Fragen des Wiederaufbaues zu lösen.

Vor Auswanderung wird in der „A. S.“ der „Wirtsp.“ gehandelt, da heute wieder insbesondere Mädchen- und Frauenhandwerker in Unmengen treiben. Zurzeit beehren die Angebote auf Kündigung, aus der die Auswandererinnen zu spät erwachen. Deshalb sind Eltern, Erzieher, Schulen, Organisationen berufen, zu warnen. Wer Deutschland verläßt, tut gut, sich zuvor bei sachkundiger Seite, am besten bei den Auskunftsstellen des Reichsauswanderungsamtes, zu erkundigen.

Gerichtszeitung.

Schieber. Der Händler Johann Groß und der Schlosser Friedrich Heide standen vor dem Mannheimer Schöffengericht wegen Einbruchsdiebstahls. Es ergab sich jedoch, daß kein solcher Vorfall und es wurde festgestellt, daß bei den beiden es sich um Schieber handelte. Groß und Heide handelten mit allen möglichen Dingen, wie Apfelsinen, Wein, Schmalz, Seife, Möbel, Kleider u. a. und dehnten ihre Netze bis nach Kassel aus. Geld hatte in Frankfurt das Fund Schmalz zu 1250 M. gekauft und es dann in Würzburg zu 20 M. an den Mann gebracht. Groß kaufte in Mannheim zu Tausenden die Apfelsinen zu 60 M. und verkaufte sie in Frankfurter Delikatessengeschäften zu 120 M. Früher hatte Groß angegeben er habe einmal beim Verkauf von Pfeffer in zehn Minuten 180 M. verdient. Das Schöffengericht verurteilte den Groß zu neun Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, den Heide zu fünf Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe.

Aus der Stadt.

Heraus mit unseren Kriegsgefangenen! In ganz Deutschland werden zurzeit vom Volksbunde zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen, Protestversammlungen gegen die Zurückhaltung unserer Gefangenen in Frankreich abgehalten. Auch für Karlsruhe fand eine solche Versammlung gestern nachmittag im großen Saale der Festhalle statt. Der Besuch war ein großer, aber in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache hätte sich die Festhalle als viel zu klein erweisen müssen. Wäre Frankreich in derselben Lage mit seinen Gefangenen, wie wir es nun sind, so wäre gewiß, daß dort die Fundamente seiner Städte dröhnen würden von dem Schrei nach den gefangenen Volksgenossen. Aber Karlsruhe mit seinen ca. 140 000 Einwohnern bringt den großen Festhallaal nur dürftig voll, um für unsere gefangenen Brüder und gegen das unmenschliche Frankreich zu demonstrieren. Von seiten der bad. Regierung nahmen Staatspräsident Gen. Geiß sowie Arbeitsminister Gen. Küder an der Kundgebung teil.

Der Referent, Herr Universitätsprofessor Dr. Rartsch-Freiburg führte, indem er auch der Gefangenen in Sibirien gedachte, aus, daß Deutschland seinen Waffenstillstand erkaufen mußte auf Kosten seiner Gefangenen. An der traurigen Lage sei die Not schuld, die durch den Waffenstillstand geschaffen wurde. Bei der Untersuchung der Schuldfrage genügt der Hinweis auf den militärischen Zusammenbruch. Unsere Regierung war gegenüber der französischen Hinterhältigkeit viel zu ehrlich. Redner ist der Ansicht, daß auch die neuesten Forderungen Frankreichs keine Garantie für die Freilassung unserer Gefangenen sei und daß die Zurückhaltung derselben keine materiellen Vorteile für Frankreich bringe, da Sklavenarbeit noch nie geerntet habe. Schlimme gesundheitliche Gefahren für die Gefangenen bringen die Unterkunftsräume mit zum Teil ungepflastertem Boden mit sich. Der Referent hält mit Recht von den propagierten theatralischen Gessen, wie a. B. an den Rhein ziehen und die Gefangenen herausfordern usw. nicht viel und sieht die beste Arbeit für Freilassung unserer Gefangenen nur am Verhandlungstisch. Mit der Aufforderung an die Regierung, daß rüchichtslos Offenheit bei den Verhandlungen waltet, schloß der Referent unter fürzümigem Beifall seine Ausführungen.

Als erster Diskussionsredner sprach Oberbürgermeister a. D. Siegrist vom Standpunkt als Angehöriger der Kriegsgefangenen. Er dankte allen, die sich für die Freilassung unserer Gefangenen einsetzen und forderte zu weiterer Mitarbeit auf, um die Reichsregierung in ihren Bemühungen zu bestärken und unseren Gefangenen zu zeigen, daß wir sie nicht schutz- und rettungslos preisgeben. Jetzt heiße es das Gewissen der Welt anzugreifen, um auf Frankreich zu wirken. — Herr Huber appellierte unter Ausfällen gegen den Präsidenten Wilson an die Götter der Christenheit der ganzen Welt. — Herr Schriftföhrer Kraus, der aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt, gibt seiner Freude über die Bemühungen der Regierung zum Nutzen unserer Gefangenen zum Ausdruck. Erst auf deutschem Boden werde man gewahr, daß die Regierung ihre Pflicht erfüllt. Redner beschwert sich über die lässige Untersuchung der Gefangenenlager durch den deutschen Beauftragten Traut und fordert die Heimkehrer auf, sich dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten anzuschließen. — Herr Leber führte Klage über die schlimme Behandlung in Frankreich. Er appelliert an die Regierung, sowie an die privaten Arbeitgeber, den Heimkehrern Arbeit zu beschaffen.

Zum Schluß spricht der Vorsitzende allen, besonders auch der Presse, für die tatkräftige Unterstützung den Dank aus und fordert zur Unterzeichnung der Massenpetition auf.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Eine Versammlung von tausenden badischen Männern und Frauen dankt der Schweizer Eidgenossenschaft und dem Papste, sowie den feindlichen Stimmen für ihr Einsteigen zugunsten der Herausgabe der deutschen Gefangenen. Die Versammlung erwartet, daß die Reichsregierung die Verhandlungen mit Frankreich bezart führen wird, daß diesmal eine endliche Heimkehr der Gefangenen gesichert ist.“

Die städtische Schülertafel stellte sich, wie ja schon so oft, auch gestern wieder in den Dienst unserer Gefangenen-Sache und erstellte die Teilnehmer am Anfang sowie am Schluß der Kundgebung mit entsprechenden witzvollen Aufschreibern.

Baden bekommt eine neue Gemeindeverfassung. Wie soll sie beschaffen sein? Ueber dieses überaus wichtige und aktuelle Thema spricht in der Parteiverammlung am Mittwochabend im „Auerhahn“ Gen. Landtagsabg. C. Geß. Der Referent ist infolge seiner langjährigen kommunalpolitischen Tätigkeit und als Mitglied der Gemeindeverfassungskommission des bad. Landtages mit obiger Materie sehr vertraut, so daß eine eingehende Behandlung des Entwurfs der Gemeindeverfassung zu erwarten steht. Deshalb, Genosseninnen und Genossen, erscheint zahlreich in der Versammlung!

Märchenabende für Kinder. Die Weihnachtszeit rückt heran, die Zeit der Sehnsucht und Erwartungen. Die schönen Sagen vom Anecht Nupprecht, von Frau Holle und andere werden lebendig. Besonders die Augen der Kinder leuchten auf, denn es ist ja ihr Land — das Märchenland. Wie oft wird uns erzählt von der guten alten Zeit mit ihrer Spinnweben- und Schlummertropfenatmosphäre. Während draußen der rauhe Nord heulte und der Schnee aus Fenster schlug, knisterte im Ofen das lustige Feuer und bereitetete im Zimmer eine wohlige, erwartungsvolle Stimmung. Und dann lud die Urinne oder Großmutter zu erzählen an und führte die großen und die kleinen Kinder, die ihr lauschten, hinein in das Reich der Feen und Kobolde. Dann blühten die Augen der Kleinen, sie träumten von dem goldenen Märchenwunderland. Diese Zeit ist längst vorbei. Die trauliche Spinnweben- gehört der Vergangenheit an; die moderne Großstadt mit ihrem Wohnungslebel hat sie unbarmherzig bedrängt. Auch das knisternde Feuer darf nicht mehr so warm sein. Und die wohlige Märchenstimmung ist kein Raum mehr. Das Glend der Zeit, das kalte und trübe des Gewerkslebens haben die alte Heiligkeit für immer verdrängt.

Doch was jene Zeit auch verdrängt und verlungen sein, die Erinnerung an Märchen und Sagen ist geblieben. In den Wochen vor Weihnachten lebt sie in aller Herzen auf und besonders die Kinderherzen sind dafür empfänglich. Da will nun die Kinder-Auskommission und der Bildungs- und Erziehungsausschuß unserer Partei den Proletariatskinder, in deren Leben gegenwärtig wenig Sonnenschein hineinleuchtet, eine Freude bereiten und Märchenabende für Kinder veranstalten. Der erste Abend findet am Mittwoch, 10. Dez., nachmittags 4 Uhr, im „Auerhahn“ von Gen. Ritz vom Landestheater statt und zwar für die Kinder der Süd-, Mittel-, Ost- und Oststadt. Ein weiterer Abend findet am Sonntag, 14. Dezember, nachm. 10 Uhr, im Saale der „Stadt Karlsruhe“, Mühlburg, Rheinstr. 22, statt. Zur Deckung der Saalkosten wird jeweils ein Eintritt von 20 Pf. erhoben.

Hilfe für die Wiener Kinder. Der ins Leben gerufene Arbeitsausschuß für Unterbringung Wiener Kinder in Karlsruhe erlät einen Aufruf, in dem er auf die fürchterliche Hungersnot in Wien hinweist, der schon Tausende blühender Kinder zum Opfer gefallen sind. Hier helfend eingzugreifen, ist auch Pflicht der Karlsruher Bevölkerung. In anderen Städten haben sich schon Familien bereit erklärt, arme Wiener Kinder den Winter über als Gast aufzunehmen. Jeder der Platz hat für ein anspruchsvolles Wienekind, möge sich bei der Geschäftsstelle unseres Blattes, bei den Mitgliedern des Arbeitsausschusses oder bei dessen Geschäftsstelle (Kreuzstraße 15, 8. Stad., Zimmer 127, Telefon 5318-5318) melden und seinen Namen in die dort aufliegende Liste eintragen. Wird Mangel an Betten das Hindernis zur Aufnahme eines Kindes, so stellt der Ausschuß für Ferienkolonien aus seinen Vorläuten eiserne Bettstellen und warme Decken gerne zur Verfügung. Den aufnehmenden Familien werden vom Kommunalverband die Lebensmittelkarten wie auch sonst bei Zuwachs von Familienangehörigen bewiesen.

Wer aus Mangel an Raum oder Lebensmitteln nicht in der Lage ist, Kinder aufzunehmen, wolle Geldbeiträge leisten, die es unter Umständen ermöglichen, einen Teil der zu versorgenden Kinder in Kinderheimen unterzubringen. Auch sollen Kleidungsstücke und weitere Lebensmittel beschafft und den Familien zugewiesen werden, welche sich der Kinder annehmen.

Kauf bei der Volksbuchhandlung! Erfreulicherweise ist trotz der materiellen Not und dem großen Bedürfnis nach Kleidung, Schuhen usw. das Verlangen nach geistiger Nahrung unter der werktätigen Bevölkerung recht groß. In den Bügen, auf der Straßenbahn, in den Bibliotheken usw. sieht man die arbeitende Klasse beim Studium, um das Wissen zu bereichern. Da halten wir es für angebracht, die Wissensgenossen bei Bedarf von Literatur aller Art auf unsere Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16, aufmerksam zu machen. Dieses ist so gut eingerichtet, daß sie allen Wünschen in sämtlicher Literatur gerecht werden kann. Besonders bei der heranabenden Weihnachtszeit, wo so mancher von den allgemeinbildenden, unterhaltenden, wissenschaftlichen, fachlichen und Belletristik den Weihnachtsgeschenken wird, ist die Volksbuchhandlung gut ausgestattet. Neben diesem führt sie eine reiche Auswahl in Märchenbüchern, Jugendbüchern, Wilderbüchern, Bildern usw., so daß auch die Weihnachtsbesuche für die Kinder bei ihrer Vorkaufbereitschaft befriedigt werden können. Ein reichhaltiges Lager in Scherenschnitten aller Art gibt dem Käufer Gelegenheit, den Bedarf von Schreibutensilien für Erwachsene und Schulbücher zu befriedigen. Die Volksbuchhandlung ist bekanntlich Eigentum der sozialdemokratischen Partei, so daß ein guter Geschäftsgang der Partei genossenchaft zugute kommt. Deshalb kauft bei der Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16. An den Sonntagen vor Weihnachten ist dieselbe von 11-6 Uhr geöffnet.

Sozialdem. Frauenaktion. Am kommenden Donnerstag, 11. Dezember, findet abends 7 1/2 Uhr in der Goldenen Krone“ eine Frauenversammlung statt. Hauptlehrer Genosse Meyer-Weingarten wird referieren über „Strafrecht und Verbrechen“. Die Genossinnen werden gebeten, für zahlreiches Besuch wirksam zu wirken.

Einwohner und Einwohnerwahl! Man schreibt uns: Geführt auf den Aufruf des Parteivorstandes darf von der Arbeiterschaft jetzt erwartet werden, daß sie sich zahlreicher als bisher an der E. W. beteiligt. Für den Stadtteil Mühlburg findet der nächste Appell heute Montag abends 6 1/2 Uhr in der Turnhalle, Garbstr. 2, statt. Wir erwarten, daß sich die hiesigen Arbeiter vollständig der E. W. anschließen werden.

In Ausbildung des Dienstes lebensgefährlich verletzt. Am Samstag abend wurde Schuhmann Vogel nach der Herberge zur Heimat in Mühlburg gerufen, wo unter Göttern Streit ausgebrochen war. Er nahm den am meisten Beteiligten, Tagelöhner Ferdinand Holzer, fest und verbrachte ihn mit Hilfe des Schuhmanns Lindner nach der Polizeiwache Mühlburg. Der Hilfsarbeiter O. Göge folgte von der Wirtshaus aus dem Transporte in die Polizeiwache nach, worauf sowohl Göge wie Holzer gegen die beiden Schutzleute tätlich wurden. Hierbei gelang es Göge und Holzer sich von der Wache wieder zu entfernen. Gleich darauf feuerte Göge von der Straße aus mit einem Armeerevolver durch das Fenster an der Eingangstüre einen Schuß in die Wache ab. Die Kugel durchbohrte dem Schuhmann Vogel den Unterleib und verletzte ihn lebensgefährlich. Außerdem feuerte Göge auf den zufällig die Gardistruge passierenden Formier A. Weich von hier ohne jeden Grund einen Schuß ab und verletzte ihn schwer am rechten Oberarm. Die beiden Verletzten wurden sofort nach dem städtischen Krankenhaus verbracht. Göge und Holzer sind verhaftet.

Die Galerie Moos bringt im Monat Dezember eine Ausstellung „Ausgewählte Werke badischer Künstler“ welche neue Arbeiten der folgenden Künstler zeigt: Dr. Ph. Busch, Prof. H. Metz, Ferd. Birt, W. Galer, Prof. Fr. Hehr, A. Gantert, A. Gehardt, E. J. Greiter, A. Grimm, G. Hausmann, W. Schmitt, Prof. W. Schmitt, G. Hofmann, A. Hoffmann, W. Hüfner, R. Kuhn, J. Kammereis, A. Kluth, G. Müller, A. Kutterer, A. Pfefferlein, M. Probst, Fr. Winkel, J. Schaller, F. S. Städt, O. Liebert, Prof. G. v. Volkmann, C. G. Zimmermann.

Berufsausschüsse. Am Mittwoch, 10. Dez., findet die Parteiverammlung abends 7 1/2 Uhr in der Goldenen Krone“ statt. Der Geschäftsbericht letzte Periode wird von der intensiven Tätigkeit des Vereins. Dem Vorstand wurde die erwünschte Entlastung erteilt. Als Vorkühner wurde am Ende des Vortrages, Herrn Knopf, der eine Wiederwahl wünscht, zu freier gefälliger Annahmehnahme abgelehnt, Herr Weidner als gewählt. Der Bericht über die Einkaufsgenossenschaft der badischen Galvotrie zeigte einen erfreulichen Aufschwung der Genossenschaft. Nachdem noch die Verhältnisse auf dem Weimarkt besprochen wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Zentralrat der Angestellten-Ausschüsse veranstaltet am Dienstag den 9. Dez. eine Versammlung im Saal 8 der Brauerei Schumpp, um zur Kündigung und Neubeurteilung des Tarifvertrages Stellung zu nehmen. Ausweisarten, die zum Eintritt berechtigten, sind in den Verhandlungsprotokollen der Angestellten-Organisationen erhältlich. Näheres siehe Inserat.

Fußballspiele. Die Ligaspiele des vergangenen Sonntag zeigten folgende Resultate: Wörz verlor gegen R. C. Freiburg mit 3:4 Toren, R. C. Mühlburg und Mühlburger Vorposten spielten unentschieden 1:1, R. C. Forchheim gewann in Freiburg gegen Spielvereinigung mit 4:0 Toren, R. C. Weiertheim gewann gegen Weimarer Spielvereinigung mit 2:1.

2. Künstlerabend. Am heutigen Montag, abends 7 Uhr, findet im Künstlerklub, Solimonsstraße 2, Ude Karlsrufer, ein 2. Künstlerabend statt. Es kommen diesmal von unserer Nachbarstadt Baden Herr Oberpläniger Julius Meyer, Herr Ernst Hellmuth und Herr W. Meyer-Sandten, welche weitere Nieder sowie neue Wiener Lieder etc. zum Vortrag bringen werden. Herr Willy Eder bringt als besondere Neuheit „Der Paralell“ sowie einige neue ernste und heitere Vorträge am Klavier. Das beliebte Tanzpaar Ellen und Garten wird mit neuinduzierten Tänzen ganz besonders Interesse erwecken. Der Reinertrag wird für unsere Kriegsgefangenen in Frankreich verwendet. Der Kartenverkauf liegt in den Händen der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ude Waldstraße, Telefon 388. Der Ausschuß für Kleingärten im Parkanlagen hat laut Angelegenheit für heute abend 7.30 Uhr sämtliche Kleingartenbesitzer im Parkanlagen zu einer Versammlung eingeladen. Näheres siehe laut Anzeige.

Musikgesellschaftliche Aufführung. Heute 7 1/2 Uhr findet im Eintrachtsaal die erste der 6 musikalisch-wissenschaftlichen Aufführungen des Jungföhrer Konföderationsrat, die Musik am Hofe des Markgrafen Ludwig von Baden (Türkenkonzert) und beim Fürsten Esterhazy bringt. Den einzelnen Abteilungen geht ein einleitender Vortrag voraus.

Deutschland und der Völkerverbund. Dieses Thema behandelt in einem von der deutschen Friedensgesellschaft veranstalteten öffentlichen Vortrag Landtagsabg. ordner Dr. Kraus-Helldorf am Mittwoch, 10. Dez., abends 7 1/2 Uhr im Saale der Vier Jahreszeiten. (Näheres siehe Inserat.)

Landestheater. Wegen Krankeitsfall muß die nächste Wiederholung von Walkershausen's „Mauernsteiners Hochzeit“ von Dienstag den 9. auf Mittwoch den 17. Dezember verlegt werden. Am Dienstag den 9. wird „Eine Nacht in Venezia“ zum erstenmal wiederholt. — Am Mittwoch den 10. findet das 3. Sinfoniekonzert statt. Als Solistin tritt die bekannte Gesangsmeisterin Hertha Dehmlow aus Berlin auf.

Wohl... Ges... in Led... Dament... Briefta... Gelde... Mappen... Papier... Reiseta... Arm-u... Markt... in Wac... Gumm... Rucks... für Erw... sowie... Leder... Reis... Kof... Gesch... 51 Kro... Dankba... für mein... prospekt... sol. ihre... führung... Sie sp... v... Pels... P... Gan... Konfe... Wilhelms... Keine... Selbst... Kind... mit-und o... aus prim... für das... Jahren... Weimtra... Berka... 52 Kro...

Der Parteitag der U. S. P.

Leipzig, 3. Dezember.

Däumig-Berlin eröffnete die Aussprache über Parteiprogramm und Taktik. In der Partei sei eine große Zahl von Reformsozialisten. Man müsse aber ein unzweideutiges Bekenntnis zum revolutionären Sozialismus fordern...

Seiner-Weigand sprach für die gemäßigtere Richtung. Das Räteystem sei nicht das Allheilmittel. Es gebe größere Kommunisten als Däumig und die Kommunisten. Es sei unerhört, sich für die jetzt beliebte Form der Diktatur des Proletariats auf Marx zu berufen.

Ein Vertreter aus Baden wandte sich gegen Seiger. Das trennte die U.S.P. noch von der kommunistischen Partei. Man müsse nach rechts und links auf Grund des Aktionsprogramms verhandeln.

Deisner-Galle: Man könne mit der Diktatur nicht warten, bis der letzte Arbeiter hinter einem Stehle. Die aus dem mitteleuropäischen Generalstreik entstandenen Prozesse hätten bis jetzt 50 000 Mark Kosten verursacht.

Dihmann-Frankfurt: Das Aktionsprogramm müsse den Meinungsverschiedenheiten ein Ende machen. Das Betriebsrätegesetz solle den herrschenden Klassen zum Teufel im Felde werden. Komme die zweite Revolution, so müssten die Mitglieder der Arbeiterräte, die der U.S.P. die erste Revolution verstoßen hätten bestraft werden.

Cohn-Berlin: Wie solle sich eine Revolution der Minderheit behaupten können? Doch nur durch eine Diktatur der Minderheit, die von Gewalttat zu Gewalttat schreiten müsse. (Widerpruch.) Bei seinen Besprechungen mit den Mehrheitssozialisten habe es sich nur um Fragen der Schutzhaft gehandelt. Die Partei werde in wenigen Monaten auf dem Standpunkt der Einigung stehen.

Eberding-Berlin: Solange die Diktatur des Proletariats nicht eingeführt werden könne, müssen Demokratie und Republik mit allen Mitteln verteidigt werden. Die Wissenschaft müsse frei sein. Eine große Schwierigkeit für die Sozialisierung liege in der Kapitalflucht. Man dürfe nicht, wie Seiger es bezichtigt, das Proletariat eine schwere Niederlage erleiden lassen.

Fleißner-Dresden sprach im Sinne der Gemäßigten und ätzte Mabel als Schwurzeugen, erzielte aber, wie alle Redner der gleichen Richtung, keinen tieferen Eindruck.

Die Einigungsfrage. nahm in den Verhandlungen des Parteitages vom 1. Dezember einen dreiten Raum ein. Der Delegierte Seidel-Hof (Wagner) meinte u. a.: Wir hätten uns nichts übergeben, wenn wir die Einigung zu Einigungsverhandlungen angenommen hätten. (Widerpruch und Lärm.) Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, daß wir gegen eine Einigung seien. (Lärm, Unterbrechungen, Zwischenrufe Adolf Hoffmanns.) In großen Städten mag es leichter sein, auf dem Lande versteht man das nicht. (Erneute Lärme und Zwischenrufe.) Gestaltete ich mir, auch eine Meinung zu äußern! Der Einigungswille ist in der Masse vorhanden; wir brauchen keine Ziele aufgeben, dürfen aber nicht vornehmen gegen die Einigung. Wenn sich die Verhandlungen geschlagen, weil die Rechtssozialisten ihre Politik nicht aufgeben wollen, werden wir die Massen gewinnen. (Lebhafte Zustimmung und Lärme.)

Reumann-Nürnberg erklärte, die Einigungsfrage mache der U.S.P. in Süddeutschland große Schwierigkeiten in der Agitation. Die Zentrumsleute von gestern seien in Bayern heute die blutigsten Kommunisten (wie anderwärts auch, Red.) Gelänge den Versprechungen der Kommunisten nicht, dann werden sie wieder Zentrumsleute. Wir können uns unter der Fahne der U.S.P. vereinigen, aber den Reuten draußen das Kar zu machen, sei vergebliche Arbeit.

Bekenntnis zur Diktatur.

Der Parteitag der U.S.P. in Leipzig, 6. Dez. Durch den Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokraten ist gestern Abend eine Entschließung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission auf dem Parteitag der revolutionären Parteien zu einer internationalen, nationalen und ihrem Bekenntnis zum Räteystem und der Diktatur des Proletariats angeschlossen, mit 227 gegen 54 Stimmen angenommen worden.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Der Sauerbriamant aber Tannenbäumchens Leben, das diesjährige Weihnachtsmärchen unseres Landes-Theaters entstand im Winter 1911. Erich Galt, der Verfasser, schreibt uns darüber: Wir hatten einen frühen Winter. Schon im November gab es in meiner Vaterstadt Dresden Schnee und Eis. Mit Schneefreunden wollte ich mich auf der Nodelbahn in der nahen Dresdenener Heide treffen, verfehlte aber den Weg und kam inmitten der schneehellen Tannen mit ihrem herausstehenden, würrigen Geruch in eine ganz weihnachtliche Stimmung. Ich mußte an ein Weihnachtsspiel in der Schule denken, in dem ich als kleiner Bub einen Jäger spielte, träumte vor mich hin von dem riesigen, herlichen Christbaum, der zur Weihnachtsmesse in unserer Dreimattkirche neben dem Altar stand, als plötzlich 10 Meter vor mir ein Rehböcklein aus der Schönung trat. Mit großen Augen sah es mich an, ich wagte nicht Atem zu holen, erschrocken und erregt zugleich blieb ich wie gebannt stehen. Sekundenlang standen wir uns gegenüber, handlich lag dem Rehböcklein der Schnee auf dem Kopf und dem Rücken und durch die dichtfallenden Ähren sah es aus, als ob es ganz weiß wie Schnee sei. Da huschte ein Vogel über unsere Köpfe und mit einem leisen Welen war mein kleiner Waldkamerad verschwunden. Nun stand ich im Tannenwald wieder allein und dachte darüber nach, ob es wohl ganz weisse Rehböcklein gibt. Im Märchen ganz gewiss, man müßte eben ein solches Märchen schreiben. Ich machte mich auf den Heimweg, immer das weisse Rehböcklein im Sinne und nahm mir vor, einmal den alten Förster zu fragen. Und dann träumte ich wieder vom Reichtum und seinen Keinen Jägern, und ob es wohl auch einen König des Tannenwaldes gibt, ich wollte ihn "Tannfürst" nennen. — Um wie es wohl sein würde, wenn wir einmal keinen Lichterbaum am heiligen Abend hätten. Aber da haben ja vor mir und hinter mir viele hundert Tannenbäumchen, die sich gern mit Gold- und Silberzweigen schmücken lassen würden. Da müßte schon ein böser Waldgeist kommen und die kleinen Tannenbäumchen herausreißen und heimlich machen, daß die Äste abprallt und zerbricht, wenn Förster Hans mit Sepp und Franz Christbäume fällen will. Mit hellem Bangen kam ich im Elternhaus an, und während ich mir Hände und Füße wärmte, am warmen Kachelofen in die Welt sah, entstand in meiner Fantasie ein Märchen vom Tannenwald, das nun am 14. Dezember das erste Mal auf der Bühne unseres Landes-Theaters lebendig werden wird.

Ein ungedrucktes Klavierkonzert von Josef Haydn, ein ebenfalls von Georg Christoph Telemann, dem Lehrer der Kaiserin Maria Theresia, hat Dr. Rudolf Bellardi in der Thomauer Bibliothek in Leipzig aufgefunden. Derselbe wird die beiden Werke im Laufe des Winters in den musikalischen Aufführungen des Münchener Konservatoriums, die nächsten Montag in der Eintracht ihren Anfang nehmen, zur Ausführung bringen.

Kleine Nachrichten.

Bremen, 6. Dez. Die Arbeiterschaft der U.S. Weser hat sich heute mit 2897 gegen 1911 Stimmen für die Wiedereinführung der Affordarbeit entschieden.

Lübeck, 8. Dez. Eine Riesensammlung der Anstellten beschloß gestern, auf der Forderung einer 70 prozentigen Gehaltserhöhung, Bewilligung einer Wirtschaftsbefreiung von 1000 Mark für Verheiratete, 600 Mark für Ledige und Verfürzung der Arbeitsmode von 48 auf 45 Stunden zu bestehen. Sollten die Arbeitgeber den neuen Tarifvertrag nicht genehmigen, so soll am 18. Dez. in den allgemeinen Ausstand getreten werden.

Bern, 6. Dez. Der Schweizerische Bundesrat hat die Einfuhr von Erzeugnissen der Möbelfabrikation bis auf weiteres unterjagt. Das volkswirtschaftliche Departement kann bis zur Höhe des Monatsdurchschnitts im Jahre 1913 erfolgten Importes Ausnahmen bewilligen.

Paris, 6. Dez. Eine Antarester Expedition des "Journal" meldet, daß die rumänischen Truppen ein großes Flugzeug ergriffen haben, das in Olin in Westarabien infolge einer Panne niedergegangen war. Die Antriebsapparate waren zwei deutsche Offiziere und drei Mechaniker, deren Aufgabe darin bestand, bolschewistischen Truppen in der Ukraine 800 Millionen Rubel, eine Banknotenpresse und Bijouterien im Werte von mehreren Millionen zuzuführen. Das Telegramm fügt bei, daß das Flugzeug einen regelmäßigen Dienst zwischen Deutschland und den Bolschewisten verleihe.

Millionenlieferung bei einem Artilleriedepot. In Magdeburg hat sich dem W. L. zufolge aus Furcht vor Strafe der Feuerschiffwache Lieble von der Magdeburger Abweidungstelle des Artillerie-Depots erschossen. Bei der Weiterleitung der von ihm abmontierten Geschosse und Metalle hat Lieble umfangreiche Schiebung ausgeführt, an denen mehr als 30 Personen beteiligt waren, von denen bereits einige verhaftet sind. Es handelt sich um Millionenwerte, die verlohren wurden. Entdeckt wurde die Unregelmäßigkeit durch einen an den Schießgeschäften Beteiligten, der mit seiner Abfindungssumme nicht zufrieden war.

Wasserstand des Rheins.

Sauserinsel 210, gest. 50; Kehl 222, gest. 15; Mainz 400, gest. 39; Mannheim 404, gest. 49 Zentimeter.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Heutliche Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luitpoldstraße 24.

Veranstaltungen.

Karlsruhe. (Arbeiter-Sportklub.) Dienstag Abend 7/8 Uhr Sitzung in der „Gambirushalle“.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Montag Abend 7/8 Uhr in der „Gambirushalle“ Turnersitzung, wozu sämtliche Abteilungsverbände eingeladen sind.

Im Interesse der vielen Anwesenden sei an dieser Stelle nochmal ganz besonders auf das Inserat des Herrn Ph. Seiner Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. In den Gehöften des Ludwig Wilhelm Stern und des Friedrich Galt jr. in Leopoldshafen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Der Durchtrieb von Mautentieren durch Leopoldshafen ist verboten.

Karlsruhe, den 6. Dezember 1919. 8590 Bezirksamt. D.3. 823

Maul- und Klauenseuche betr. In den Gehöften des Johann Rühweiler, Wilhelm Beckold und Johann Jakob Hauer in Anielingen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Der Durchtrieb von Mautentieren durch Anielingen ist verboten.

Karlsruhe, den 6. Dezember 1919. 8590 Bezirksamt. D.3. 824

Grundstückverpachtung auf dem Exerzierplatz und im Gemann Dunkelshlag. Die Stadtgemeinde Offenburg verpachtet auf dem Exerzierplatz Ackerlöse von je 18 Ar Größe auf die Dauer von neun Jahren. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß auf der zur Auslochung vorgesehenen Waldparzelle im Gemann Dunkelshlag zwischen Schutterwälderstraße und Lokalbahn Offenburg-Altenheim etwa 16 Hektar Ackerland zur Verpachtung bis Frühjahr 1920 zur Verfügung stehen. Das Gelände wird in Lose von 18 Ar und in eine Anzahl Kleingärten von 4-9 Ar Größe eingeteilt werden.

Pachtflächhaber wollen sich in der Zeit vom 8. bis 13. Dezember d. J. nachmittags 1 Uhr auf dem Stadtbauamt anmelden, wobei auch die Pachtbedingungen eingesehen werden können. 8590 Der Stadtrat.

Achtung! Achtung! Prospekt über hygienische Artifel verendet gegen Einleitung von 20 Bfg. Ludwig Gauß Karlsruhe 6922 Rährnerstraße 83.

Blindenarbeit! Vorteilhaftes Geschenk für die Hausfrau. 8590

Robhaarstaubbesen aus vorzüglichem Schweinhaar zu haben. 8591

20. Boos, Viktoriastr. 6. 8592

Friedrichsbad. 6741 Lokale Fango-Applikationen gegen Rheumatismus, Gicht, Neuralgie, Ischias, besonders wirksam zur Resorption aller Exsudate, namentlich bei chronischen Frauenkrankheiten.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. 8593

Fango-Kuranstalt. 8594

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. 8595

Fango-Kuranstalt. 8596

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. 8597

Fango-Kuranstalt. 8598

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. 8599

Fango-Kuranstalt. 8600

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. 8601

Fango-Kuranstalt. 8602

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. 8603

Fango-Kuranstalt. 8604

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. 8605

Wellnachts-Geschenke in Leder und Imit. Damentaschen, Besuchtaschen, Brieftaschen, Goldbeutel, Mappen, f. Papier-u. Hartgold, Reisetaschen, Arm-u. Reisekörbe, Marktaschen, in Wachs- u. Imit., Gummihosen-träger, Rucksäcke für Erwachsene und Kinder sowie sonstige Lederwaren und Reiseartikel. Kofferhaus Geschw. Lämmle 51 Kronenstr. 51.

Dankbar sind alle Eheleute u. Frauen für meine wichtigen Gratisprospekte: B. Senden Sie 100. Ihre Adresse an I. Kroll, Karlsruh 1/11 (Marsplatz).

Sie sparen Geld, wenn Sie Pelse, Muffe, Plüsch-Garnituren in Daniels Konfektions-Haus Wilhelmstrasse 34, 1 Tr. kaufen. Keine Ladensposen.

Selbstangefertigte Kinderhöschen mit- und ohne Leibchen nur aus prima Friebeinstoffen für das Alter von 3-6 Jahren offeriert billigst Weintraub's An- und Verkaufsgesellschaft 52 Frauenstraße 52.

Achtung! Achtung! Handelshilfsarbeiter! Dienstag, den 9. Dezember, findet abends 7/8 Uhr, im Saale zum „Elefanten“, Kaiserstraße 42, eine wichtige Versammlung für die im Groß- und Kleinhandel beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die Gewährung einer Steuererhöhung u. Beschlußfassung hierüber. 2. Wahl einer Sektionsleitung. Hierzu laden wir alle Handelsleute, Vater, Sagerarbeiter, Geschäftsführer etc. höflich ein und erwarten zahlreiches Erscheinen. Wir bitten um mündliche Weiterverbreitung dieser Einladung. Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle mitzubringen. Auch werden in der Versammlung Anmeldungen entgegengenommen. 8597

Die Sektionsleitung: J. W. Brendle. Büro: Wilhelmstraße 47 III - Telefon 8109.

Wir suchen eine zuverlässige Zeitungs-Trägerin für die Südstadt. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden. Geschäftsstelle des Volksfreund Luitpoldstraße 24.

Armee-Konserven ein vorzügliches Mittagessen Lebensbedürfnis = Verein Karlsruhe in sämtlichen Verkaufsstellen. 8594

Fango-Kuranstalt. 8595

Die Bekämpfung der Schnafenplage betr. Nach § 1 der ortspolizeilichen Vorschrift vom 16. Feb. 1911, die Bekämpfung der Schnafenplage betreffend, sind die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter verpflichtet, die in den Kellern, Schuppen, Ställen und ähnlichen Räumlichkeiten überwinternden Schnafen durch Ausräubern der Räumlichkeiten mit einem geeigneten Mäuspulver oder durch Abflammen der Wände und Decken, durch Herabdrücken mit feuchten Tüchern oder in sonstiger wirksamer Weise zu vernichten. Wir fordern die Verantwortlichen hiermit auf, soweit noch nicht geschehen, sofort mit den vorgezeichneten Vernichtungsmitteln zu beginnen. Die Stadtverwaltung wird demnach durch geeignetes städtisches Personal in den Kellern der einzelnen Häuser Nachschau halten lassen. Soweit die Vernichtungsarbeiten hierbei als ungenügend befunden werden, wird die Arbeit alsbald durch das städtische Personal vorgenommen werden. Es wird dies durch Anhängen der Kellerwände mit einer von der Vereinigung zur Bekämpfung der Schnafenplage als wirksames Vernichtungsmittel erproben, im übrigen öfentlich ungeschädliche Flüssigkeit (Floria-Insektizid 1913) geschehen. Die aus je drei Mann bestehenden Arbeitskolonnen sind im Wege des Ausschusses, die sie den Hauseigentümern oder den Mietern auf Verlangen vorzuzeigen haben. Karlsruhe, den 5. Dezember 1919. 8596 Das Bürgermeisteramt.

Maul- und Klauenseuche betr. Nachdem in dem Gehöfte des Landwirts Josef Weißmann, Rinkheimerstraße 8 in Karlsruhe die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden hiermit für das verzeichnete Gehöfte die Bestimmungen des § 102 der Ausführungsverordnungen zum Reichsblutseuchengesetz in Wirksamkeit gesetzt. Das Verbot zwischen Rinkheimer, Sternberg, Effenwein- und Georg-Friedrichstraße bildet ein Sperrgebiet im Sinne des § 101 a. a. D. Die mit unjener Bekanntmachung vom 20. November 1919 über das Gelände des Schlacht- und Viehhofes Karlsruhe verhängten Sperremaßnahmen werden hiermit aufgehoben. Das mit obenbenannter Bekanntmachung aus dem Stadtbezirk Karlsruhe gebildete Beobachtungsgebiet wird auf den Stadtteil außerhalb des Durlacher-Tors einschließlich des Geländes des Schlacht- und Viehhofes beschränkt. Karlsruhe, den 5. Dezember 1919. D.3. 816 Bezirksamt. - Polizeidirektion. 8593

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. 8594

Fango-Kuranstalt. 8595

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund. 8596

